



Der Freistaat Sachsen unterstützt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zugunsten einer zukunftsfähigen Gesellschaft im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und den damit verbundenen Zielen für nachhaltige Entwicklung. In gemeinsamer Verantwortung mit Bund und Kommunen wird Sachsen seinen Anteil zur Erreichung der Ziele bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus beitragen. Die im Rahmen der Agenda 2030 beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele gelten für alle Staaten, nicht nur für Entwicklungsländer. Ein wichtiger Baustein ist die Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei ist der Sächsischen Staatsregierung stets bewusst, dass Verantwortung nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen übernommen werden muss und die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung des Freistaates in der Gegenwart zu stellen sind.

Deshalb versteht Sachsen Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe und möchte diese unter bereiter Mitwirkung der Bevölkerung sowie des Entwicklungspolitischen Netzwerks Sachsen e. V. (ENS) umsetzen. Die Entwicklungszusammenarbeit des Freistaates Sachsen wird in der Sächsischen Staatskanzlei koordiniert. Seit 2017 unterstützt der Freistaat Sachsen, neben langjähriger und breit angelegter entwicklungspolitischer Bildungsarbeit im Inland, nun auch entwicklungspolitische Projekte und Initiativen im Ausland. Mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zum Beispiel in Marokko und Libanon werden Länder unterstützt, die große Anstrengungen auf Grund der weltweiten Migration schultern. In Mosambik wird ein Projekt im Rahmen des Bund-Länder-Pilotprogramms im Bereich Bergbausicherheit umgesetzt. Grundsätzlich sind Auslandsprojekte sächsischer gemeinnütziger Träger der Entwicklungszusammenarbeit aber in allen DAC-Ländern möglich.

Mit gezielter Hilfe vor Ort wird dabei auch dem Ziel Fluchtursachenbekämpfung Rechnung getragen. Mit Projektinhalten, die Hilfe zur Selbsthilfe bieten und sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren, möchte Sachsen vor Ort Hilfe leisten und gleichzeitig die Gesellschaften in den Staaten unterstützen, die viele Flüchtlinge aufnehmen bzw. aufgenommen haben. Dabei wird eine langfristige strukturelle Unterstützung angestrebt.

Ergänzend dazu wird seit vielen Jahren die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit an Schulen unterstützt. Im Zug der Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) entwickeln derzeit bis zum Sommer 2018 staatliche und nichtstaatliche Akteure in einem Dialogprozess eine Landesstrategie BNE. Bildungsangebote, Veranstaltungshinweise und Materialien zur nachhaltigen Bildung sind online abrufbar (www.bne-sachsen.de). Zudem sensibilisieren sieben Eine Welt-Promotor/-innen, die im Kontext der BNE und des Globalen Lernens in den Regionen des Landes agieren, in Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen oder Jugendfreizeitstätten für die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030.

Das Studienbegleitprogramm STUBE umfasst Wochenendseminare und Tagesveranstaltungen für Studierende aus Entwicklungsländern an sächsischen Hochschulen. Darüber hinaus beteiligt sich der Freistaat ab 2018 auch an der ASA-Hochschulkooperation und unterstützt so den Austausch junger Menschen aus Industrie- und Entwicklungsländern.

Ergänzend dazu möchte der Freistaat Sachsen bestehende Kontakte zu zivilen Akteuren und Netzwerken der Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene intensivieren und stärken. Dazu wurde das Entwicklungspolitische Forum eigens als Format zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der Landesregierung eingeführt.

In Dresden ist zudem das deutschlandweit zweite wissenschaftliche Institut der Universität der Vereinten Nationen (UNU) ansässig, das vom Freistaat Sachsen und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Das United Nations University Institute for Integrated Management of Material Fluxes and of Resources (UNU-FLORES) beschäftigt sich mit internationalen Strategien zur nachhaltigen Ressourcennutzung und bildet eine wichtige Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Im Mittelpunkt stehen dabei Schwellen- und Entwicklungsländer.

